

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Helmut Schnotz

Abg. Elena Roon

Abg. Anton Rittel

Abg. Kerstin Celina

Abg. Holger Dremel

Abg. Julia Post

Abg. Julian Preidl

Abg. Doris Rauscher

Abg. Melanie Huml

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Ja zu guter sozialer Sicherung - soziale Politik ist der beste Schutz vor Extremismus!"

Wie immer fünf Minuten pro Redner respektive pro Rednerin oder zehn Minuten. – Als Erster hat Herr Kollege Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre war Heinrich Brüning in Deutschland Reichskanzler. Der Name des Zentrumspolitikers ist mit fataler Sparpolitik verbunden. Unter ihm wurden Löhne und Renten massiv gesenkt, ebenso die Arbeitslosenunterstützung und die Staatsausgaben zusammengestrichen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat 2022 berechnet, welche Folgen das hatte. Die Wirtschaftsleistung brach durch diese Politik in der Weltwirtschaftskrise noch stärker ein, noch einmal um minus 4,5 %; über drei Millionen Menschen wurden durch diese Politik zusätzlich arbeitslos. Brüning sparte also nicht nur die Wirtschaft kaputt, er zerstörte so auch die Demokratie in Deutschland; denn die NSDAP legte in den Reichstagswahlen von 1930 bis 1932 auf fast 40 % der Stimmen zu. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung folgert, dass das auch heute für uns eine Warnung sein sollte und dass es schlimme politische Folgen unsozialer und wirtschaftlich falscher, ökonomisch unvernünftiger Sparpolitik gibt.

Auch heute ist es so – das ist nicht nur eine Frage der Vergangenheit, der Geschichte –, dass von blinder Sparpolitik rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien profitieren. Das zeigen auch internationale wissenschaftliche Studien. Zum Beispiel hat die Schwedische Reichsbank Ende November 2022 eine Studie veröffentlicht. Forscher haben dafür rund 200 Wahlen zwischen 1980 und 2015 untersucht. Sie kommen zu einem – wie ich finde – erschreckenden Ergebnis: Unter sonst gleichen Bedingungen

führt jedes Prozent an Einsparung im Haushalt zu einem Plus von 3 % an Wählerstimmen für extreme Parteien.

Die Schlussfolgerung ist eigentlich klar: Viel besser als hartes Sparen ist für die Wirtschaft und die Demokratie, aus Krisen herauszuwachsen. So sind wir auch gemeinsam aus der Corona-Krise gekommen. Mehr staatliche Ausgaben führen zu mehr Wachstum, mehr Wachstum führt zu mehr Arbeitsplätzen statt zu mehr Arbeitslosigkeit, und mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen zu höheren Steuereinnahmen und damit auch zu mehr Geld in der Kasse. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, angesichts solcher Erkenntnisse wäre ich nicht stolz auf Ihre Haushaltsklage vor dem Bundesverfassungsgericht,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist lächerlich!)

genauso wenig wie auf Ihre Liebe zur Schuldenbremse. Sie sind Opposition, ja, aber Sie machen Opposition gegen Wachstum und Wohlstand in Deutschland.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie machen schlechte Politik, und wir sind schuld?)

Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Skandalös! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und wer zahlt die Schulden?)

Das schadet den Menschen in Deutschland und in Bayern. Herr Merz und Herr Dörner haben dem Bundeskanzler vor einigen Tagen einen Brief geschrieben, in dem steht, man wolle die Sozialabgaben auf unter 40 % kürzen. Sie wollen also Sozialabgaben kürzen. Das heißt, Sie wollen kürzen bei der Rente, Sie wollen kürzen bei der Arbeitslosenversicherung, Sie wollen kürzen bei der Krankenversicherung, Sie wollen kürzen bei der Pflege. Das ist aber nicht zu Ende gedacht. Das würde auch Bayern massiv schaden; denn was passiert, wenn die Krankenkasse und die Pflegeversicherung weniger Geld haben, wenn Sie Sozialabgaben kürzen und gleichzeitig gegen die

Krankenhausreform sind, ist doch sonnenklar: Dann fehlt das Geld für gute Krankenhäuser und gute Pflege, auch in Bayern. Das ist die Wahrheit, das sind nicht Ihre falschen Krokodilstränen über die Krankenhausreform.

(Beifall bei der SPD)

Damit man sie nicht festnageln kann, haben CDU und CSU bei den Haushaltsberatungen im Bundestag keinen einzigen Antrag vorgelegt. Das muss man sich einmal vorstellen: Ständig alles kritisieren, aber selbst keinen einzigen konkreten Vorschlag machen. Das nenne ich verantwortungslos, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Brief von Herrn Dobrindt und Herrn Merz wird sehr deutlich, was Sie wollen. Sie wollen soziale Leistungen kürzen. Hinzukommen Ihre anderen Forderungen, zum Beispiel den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener abzuschaffen und die Erbschaftsteuer zu senken. Sie wollen soziale Leistungen streichen und dort einsparen, aber zugleich denen geben, die ohnehin schon haben, obwohl die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht.

Ihre Vorschläge sind ein Förderprogramm für die Extremisten, die dort drüben sitzen, die Extremisten von der AfD. Ihre Vorschläge sind ein Förderprogramm für Ungerechtigkeit. So etwas war früher falsch; so etwas ist heute falsch. Das machen wir als SPD nicht mit, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): 6 % sprechen eine deutliche Sprache!)

Ungerechtigkeit und Sozialabbau schaden der Wirtschaft und der Demokratie. Deswegen stehen wir für soziale Politik und für Investitionen in die Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die CSU Kollege Helmut Schnotz, dieses Mal zehn Minuten.

Helmut Schnotz (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialdemokraten haben die heutige Aktuelle Stunde unter das Motto "Ja zu guter sozialer Sicherung – soziale Politik ist der beste Schutz vor Extremismus!" gestellt. Was wir hier aber gehört haben, war größtenteils nicht soziale Sicherung, sondern staatlicher Transfer von Sozialleistungen. Sie irren, wenn Sie annehmen, dass die Menschen vom Staat alimentiert werden wollen. Daher ist Ihre Grundannahme, Staat kann alles richten, grundlegend falsch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Grundlage einer starken Sozialpolitik ist ein stabiler Arbeitsmarkt; denn unser Sozialstaat ist deshalb so stark, weil Bürgerinnen und Bürger jeden Tag zur Arbeit gehen und zuverlässig Steuern und Abgaben zahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als Staat sollten wirklich nur das Geld ausgeben, das vorher von der Gesellschaft erwirtschaftet wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik bedeutet vor allem, dass sich Arbeit für den Einzelnen auch wirklich lohnt, gerade in der jetzigen Krise.– Gerade in der jetzigen Krise ist unser Land unter den 30 führenden Wirtschaftsnationen aktuell das Schlusslicht im Wachstum. Das sollte einer SPD-geführten Bundesregierung Sorgen machen. Genau durch solche Entwicklungen wird der Extremismus gestärkt, wie wir ihn auf der rechten Seite erleben müssen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der AfD: Oh! Oh!)

Das von der Ampel gestaltete Bürgergeld hebt diesen Abstand auf und beendet das Prinzip des Forderns und Förderns.

(Zuruf von den GRÜNEN: Fake News!)

Dies ist eine erhebliche Gefahr für den sozialen Frieden in Deutschland. Der Bezug von Bürgergeld darf in keinem Fall attraktiver als eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Ist es nicht!)

Das Bürgergeld verfehlt auch das Ziel, Menschen schnell in Arbeit zu bringen. Sanktionen bei Totalverweigerern und die Abschaffung des Bürgergeldbonus sind nur ein kleiner Fortschritt. Wir müssen vielmehr eine Balance zwischen Solidarität und Leistungsgerechtigkeit wiederherstellen. Dies ist unser Ziel. 100.000 Menschen mehr in Arbeit zu bringen, bedeutet eine Einsparung von 3 Milliarden Euro. Das so erwirtschaftete Geld kann dann für politische Bildung gegen Extremismus ausgegeben werden. Das ist doch viel sinnvoller.

(Beifall bei der CSU)

Nur so können wir das Vertrauen der Steuerzahler in einen gerechten Sozialstaat zurückgewinnen und Staatsverdrossenheit dann auch verhindern. Wir müssen die Grundsicherung weiterentwickeln. Schwächen des Bürgergeldes müssen unbedingt ausgeglichen werden. Nur so können wir das Vertrauen der Menschen wiedergewinnen und die Menschen von den extremistischen Rändern zurückholen.

Der bayerische Arbeitsmarkt ist robust, aber der Fachkräfteengpass stellt größte Herausforderungen dar. Unser Ziel ist es daher, alle vorhandenen Arbeitskräftepotenziale zu aktivieren und zu nutzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Machen Sie es doch!)

Dafür stärken wir Aus- und Weiterbildung, schöpfen inländische Potenziale weiter aus, verbessern Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nutzen zusätzliche ausländische Potenziale. Ich nenne beispielhaft die Fast Lane als Pilotprojekt in Bayern für eine Beschleunigung der Verfahren bei der Einwanderung ausländischer Pflegekräfte.

(Beifall bei der CSU)

Kitas und Schulen: Wir betreiben einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung. Wir wollen die Kommunen bei der Schaffung von 130.000 Plätzen für Kinder in der Grundschule und weiteren 50.000 Plätzen für Kinder bis zur Einschulung unterstützen. Hier wäre auch mehr Unterstützung durch die Bundesregierung nötig. Zum Beispiel ist es widersinnig, dass beim Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen die Bauprojekte beim Bundesförderprogramm bis Ende 2027 abgerechnet werden müssen, obwohl die Pflicht bis zur vierten Klasse erst bis 2030 greift.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch auch nicht!)

– Sehr wohl ist das so! Das weiß ich schließlich als Bürgermeister. Lest einmal eure Programme selber durch.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerischen Familienleistungen sind spitze. Mit unserem Familiengeld zahlen wir den Eltern für jedes Kind im zweiten und im dritten Lebensjahr 250 Euro im Monat. Beim dritten Kind sind es sogar 300 Euro. Mittlerweile gibt es dieses Familiengeld seit vier Jahren. Auch das Krippengeld sowie der Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit sind für unsere Familien eine wichtige Entlastung. Wir verschaffen den Familien damit finanzielle Spielräume, die im Moment wichtiger sind denn je. Diese bayerische Sozialpolitik unterscheidet uns in positivster Weise von der des Bundes.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die in Bayern bundesweit seit Langem niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Erwerbstätigenquote sichern beste Einkommenschancen für Familien. Das ist für mich die beste Sozialpolitik.

In der Gesundheitsversorgung ist eine Krankenhausreform notwendig. Eine gute Versorgung darf aber kein Privileg der Metropolen sein, sondern muss auch den ländlichen Raum berücksichtigen. Auch die Notfall- und rettungsdienstliche Versorgung muss gerade für den ländlichen Raum von Beginn an mitgedacht werden. Wichtig ist aber, dass vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenhausreform die Krankenhäuser bei den Betriebskosten, was eine Bundesangelegenheit ist, entlastet werden.

(Florian von Brunn (SPD): Das passt nicht zusammen!)

Es ist ein Alarmsignal: Im Jahr 2023 haben laut DKG knapp 40 Krankenhäuser in Deutschland Insolvenz angemeldet. Das SPD-geführte Gesundheitsministerium provoziert dadurch eine kalte und unkontrollierte Krankenhausstandortbereinigung, ganz ohne Zielplanung und ganz ohne Auswirkungsanalyse. Hier ist die Bundesregierung gefordert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der SPD: Sie haben gar keine Ahnung!)

Ich nenne noch den Pflegepakt in Bayern. Als Beispiel nenne ich das Landespflegegeld. Damit setzen wir wichtige Signale. Wir investieren 400 Millionen Euro, damit Pflegebedürftige in Bayern ab Pflegegrad 2 1.000 Euro pro Jahr schnell und unbürokratisch erhalten. Sie erhalten damit die Möglichkeit, sich selbst etwas Gutes zu tun oder den Menschen, die sie pflegen, eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen.

In der Jugendarbeit unterstützen wir die Kommunen. Im letzten Jahr haben wir insgesamt knapp 39 Millionen Euro dafür ausgegeben. Das ist der höchste Betrag in der

Geschichte des Freistaates Bayern. Jugendarbeit als außerschulische Demokratiebildung ist ein wichtiges Mittel gegen Hass und Hetze; denn sie gibt jedem Menschen Halt und ermöglicht Teilhabe an einem friedvollen und konstruktiven Miteinander. Der Freistaat unterstützt dies und schafft dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Meinungsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Damit wir diese Werte auch bei Jugendlichen stärken, brauchen wir wirksame Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention. Unsere Verfassungsviertelstunde reicht dafür sicherlich noch nicht. Daran müssen wir gerade über den Weg der sozialen Medien noch viel intensiver arbeiten.

Zum Schluss: Der politische Kardinalfehler der Ampel ist, dass sie nicht nur die Bauern, sondern auch alle anderen Leistungsträger unserer Gesellschaft permanent gängelt und schröpft.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das stimmt!)

Wer seine Leistungsträger permanent schwächt, schwächt auch sein ganzes Team. Fragen Sie einmal Thomas Tuchel, der ist darin aktuell ein Experte.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Gefühlt vergeht doch kein Tag, an dem die Ampel nicht mit einer neuen Idee für Steuererhöhungen, für den Wegfall von Steuererleichterungen oder neuen Steuern daherkommt. Beispiele sind die Erhöhung der CO₂-Abgabe, der Hopplahopp-Stopp der Förderung von Elektroautos im Dezember, der Wegfall der niedrigeren Umsatzsteuer in der Gastronomie. Ich kann leider nicht weitermachen, weil mir die Zeit nicht ausreicht. Ich sage nur: und, und, und.

Dieses permanente Drehen an der Steuerschraube ist vollkommen falsch. Das schadet den Bürgerinnen und Bürgern, das schadet unserer Wirtschaft, und das schadet insbesondere den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

(Florian von Brunn (SPD): Sie verstehen ziemlich wenig von Wirtschaftspolitik! –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber Sie!)

– Ich habe Kaufmann gelernt, auch mit einem ordentlichen Abschluss als Kaufmann.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf mich offiziell mit einem Zeugnis Bankbetriebsmanager schimpfen. – Werte Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn Ihnen eine gute soziale Sicherung wirklich am Herzen liegt – das bezweifle ich nicht – und wenn Sie der Meinung sind, dass soziale Politik der beste Schutz vor Extremismus ist, dann fordern Sie Ihre Parteifreunde in Berlin auf, ihre unsoziale Politik zu beenden. Es genügt nicht, wie in dieser aktuellen Stunde, mit schönen Worten für gute soziale Sicherung einzutreten. Sie müssen sie als Regierungspartei im Bund auch in die Tat umsetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Helmut Schnotz (CSU): Das tun Sie leider nicht.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie betreiben eine unsoziale Politik!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Helmut Schnotz (CSU): Ein letzter Satz: Der Freistaat schafft dagegen verlässlich soziale Rahmenbedingungen, auf die sich die Menschen gerade auch in Krisenzeiten stützen können.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Helmut Schnotz (CSU): Das ist ein gigantischer Erfolg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht ebenfalls zehn Minuten die Kollegin Elena Roon.

(Beifall bei der AfD)

Elena Roon (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen, liebe Zuschauer hier im Landtag und zu Hause! Die SPD nutzt die heutige Aktuelle Stunde, um über das Thema "Kürzungen von sozialen Leistungen" gegen die AfD scharfzumachen.

Den Zahn werden wir Ihnen gleich ziehen. Ihr Bundeskanzler und die Ampel-Regierung verteilen unser hart erarbeitetes Steuergeld in der ganzen Welt. Und wofür? – Für unsinnige Projekte wie Radwege in Peru, grüne Kühlschränke in Kolumbien oder klimaneutralen ÖPNV in Zentralafrika.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Dazu kommen die Kriegstreiberei und Unsummen in Milliardenhöhe für Kriegsgerät an die Ukraine, um das Massensterben dort zu verlängern, anstatt Diplomaten hinzuschicken.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Putin ist ein Massenmörder!)

Sie und Ihre Regierung sind mitverantwortlich für die Verlängerung dieses Krieges und tun alles dafür, Deutschland aktiv in diesen Krieg hineinzuziehen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Putin ist ein Kriegsverbrecher! Er ist ein Mörder!)

Schämen Sie sich bitte dafür! Schämen Sie sich dafür!

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schämen Sie sich, Sie Putinfreundin! – Florian von Brunn (SPD): Wie viel Geld bekommt die AfD von Russland?)

Sprechen wir jetzt mal über die Massenmigration von Menschen aus fremden Kulturkreisen, die in den meisten Fällen gar kein Anrecht auf Asyl in Deutschland haben.

Denen haben Sie es auch noch erleichtert, ihre Familien nachzuholen. Milliarden an deutschen Steuergeldern gehen an die Menschen, die unsere Kultur verachten, die unser Land verachten, die überproportional kriminell sind und nicht vorhaben, jemals hier in Deutschland einen Beitrag zum Wohle unseres Landes zu leisten.

(Beifall bei der AfD)

Sprechen wir doch mal über die enormen Zuwächse bei den Staatsbediensteten. Warum braucht Ihr SPD-Bundeskanzler Scholz einen Protzbau für eine Milliarde Euro in Berlin? –

(Florian von Brunn (SPD): Warum brauchen wir Sie im Landtag?)

Weil sein Mitarbeiterstab immer größer wird, und das hat auch Methode. Denn je mehr Menschen vom Staat abhängig sind, sei es durch Sozialleistungen oder aufgrund eines Dienstverhältnisses, desto leichter kann man autoritär regieren.

Damit sind wir auch schon bei den Sozialleistungen und der immer größer werdenden Masse an Menschen, die vom Staat, also vom erwirtschafteten Geld der arbeitenden Bevölkerung, abhängig sind.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben doch Hitlerbilder in WhatsApp-Gruppen verbreitet! – Gegenruf von der AfD: Ruhe! – Florian von Brunn (SPD): Wer Hitlerbilder verbreitet, ist hier fehl am Platz!)

Und nein, ich rede hier nicht von unseren armen Rentnern, die in diesem Deutschland von dieser Regierung, die Sie treiben, wie Bittsteller behandelt werden.

(Ruth Müller (SPD): Sie sind hier fehl am Platz!)

Wer sein Leben lang in Deutschland gearbeitet hat, muss auch ein ordentliches Auskommen in der Rente haben, und das wollen Sie ja gar nicht.

(Zuruf)

Die AfD ist die einzige Partei, die das Alter ehrt und sich für die Rentner einsetzt.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wer Hitlerbilder verbreitet, sollte den Mund halten!)

Ich rede hier nicht von Menschen, die aufgrund von Krankheiten oder schwierigen Lebensumständen von staatlichen Leistungen abhängig sind – nur, um das klarzustellen. Ich rede hier von Ihrer Wählerklientel, die sich vorwiegend aus Migranten und Staatsbediensteten zusammensetzt.

(Florian von Brunn (SPD): Immer noch besser als die Wählerklientel aus Nazis!)

Denn Arbeiter wählen Sie ohnehin nicht mehr. Deswegen wird die SPD bald Geschichte sein.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sind Sie keine Migrantin?)

Und ich rede vom Bürgergeld, wie es mein Vorredner schon angesprochen hat, das vielen Menschen die Entscheidung abnimmt, ob sie lieber zu Hause bleiben, anstatt für kaum mehr Geld arbeiten zu gehen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie hätten heute zu Hause bleiben sollen!)

Sie, die SPD, haben das Leistungsprinzip komplett abgeschafft. Das haben Sie geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern ist im Januar 2024 im Vergleich zu Dezember 2023 um gut 23.000 gestiegen, auf insgesamt etwa 300.000 Arbeitslose in Bayern. Es stellt sich die Frage: Wer soll das Ganze noch finanzieren? Wenn täglich Firmen Insolvenz anmelden und Bayern oder gar Deutschland verlassen, ist das in Zukunft ein gutes Fundament für soziale Sicherheit in Deutschland? – Nein, das ist es nicht.

Wo bleibt denn eigentlich das versprochene Wirtschaftswunder durch Messerfachkräfte trotz Milliardenkosten für die Integration beim Jobcenter? Haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht, oder ist das ein wenig kompliziert für Sie?

(Heiterkeit bei der AfD)

Nun zum Thema Extremismus.

(Ruth Müller (SPD): Da redet die Richtige!)

Da komme ich gerne noch mal auf Ihre Wählerklientel zurück. Während Sie überhaupt kein Problem damit haben, sich von ausländischen bzw. islamistischen Extremisten wählen zu lassen, haben Sie offensichtlich ein Problem mit Menschen, die Missstände in unserem Land aufzeigen und versuchen, unser Deutschland zu retten.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wir nehmen kein Geld von Russland! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das sagen die Handlanger von Putin!)

Wer die Wahrheit sagt, wird von Ihnen zum Extremisten gemacht.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Extremismus kennen Sie sich ja aus!)

Wer nicht Ihrer Meinung ist, wird kurzerhand als Nazi diffamiert, und zur Unterstützung bei der Verbreitung von Fake News haben Sie Ihre Helferlein in den immer stärker staatlich geförderten Medienhäusern sitzen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Unabhängigen Journalismus kann man vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland nicht mehr erwarten. Vielmehr handelt es sich bei diesem sogar um Regierungssprachrohre.

Es ist wirklich wieder mal an der Zeit, den Menschen in unserem Land die echte Demokratielehre beizubringen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Die aus Russland?)

Anfangen müssen wir natürlich ganz oben bei den Regierungsvertretern und ihnen vielleicht – den SPDlern vor allem – auch mal beibringen, was wirklich soziale Politik ist.

(Lachen bei der SPD)

Sie meinen, dass soziale Politik der beste Schutz vor Extremismus sei. Dabei befördern gerade Sie mit Ihrer angeblichen Sozialpolitik den islamistischen Extremismus und importieren damit zusätzlich auch noch Antisemitismus. Sie sind auch Förderer des Linksextremismus, der Antifa. Die Antifa gehört verboten.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wir sind der Meinung, die AfD gehört endlich verboten!)

Ich sage Ihnen, wofür Sie stehen: Sie stehen für einen Sozialismus,

(Florian von Brunn (SPD): Sie stehen für neuen Nazismus!)

der die Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung bedeutet. Sie stehen für eine DDR 2.0,

(Florian von Brunn (SPD): Wer Hitlerbilder verschickt, sollte da ganz zurückhaltend sein! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie unterstützen einen Postkommunisten wie Putin!)

und dafür ist Ihre Innenministerin Nancy Faeser bereit, den Rechtsstaat ad absurdum zu führen.

Wer die politische Opposition breit bekämpft, wer gegenteilige Meinungen nicht zulässt, sogar versucht, diese mundtot zu machen unter Androhung harter Sanktionen, wer die Informationsfreiheit der Bürger beschneidet und Grundrechte nach Gutdünken vergibt, wer das Volk verhöhnt, wer mit den Ängsten der Menschen spielt, um besser

durchregieren zu können, so wie es diese Regierungsampel unter Olaf Scholz tut, der handelt nicht demokratisch, sondern extremistisch.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Das Volk geht gerade wegen Ihnen auf die Straße!)

Sie von der SPD werden jetzt sicherlich schreien, aber wir von der AfD sind wahre Demokraten.

(Beifall bei der AfD – Unruhe und lebhafter Widerspruch bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

– Ja, Sie können schreien, Sie können pfeifen, Sie können machen, was Sie wollen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

aber wir von der AfD sind wahre Demokraten und stehen für das deutsche Grundgesetz und die Bayerische Verfassung ein.

(Florian von Brunn (SPD): Rechtsextremisten, Verfassungsfeinde, Menschenfeinde, Putinfreunde! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die DDR hieß auch Deutsche Demokratische Republik!)

Ich sage Ihnen zum Schluss noch ein gutes deutsches Sprichwort, das ich sogar noch von meinem Opa habe: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

(Unruhe)

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Unglaublich!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt der Kollege Anton Rittel.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Mitzuhörer, sehr geehrte Zuschauer! Bei meiner Vorrednerin hat man, glaube ich, gesehen, dass die Integration nicht ganz gelungen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe und Widerspruch bei der AfD)

Von wegen Demokratie! Von Demokratie kann nicht die Rede sein, wenn Sie Ihre Mitglieder von der Fraktionssitzung ausschließen.

(Anhaltende Unruhe und Widerspruch bei der AfD)

Wir FREIE WÄHLER dagegen bekennen uns klar zur guten Sozialpolitik. Das zeigt sich im Sozialhaushalt der Bayernkoalition, der über 8 Milliarden Euro umfasst.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Dies entspricht einer Steigerung von 11,4 % gegenüber der vorherigen Legislaturperiode.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ganz kurz. – Was gibt es für ein Problem?

(Lachen und Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) – Anhaltende Unruhe bei der AfD)

Ruhe!

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Menschen in Bayern geht es generell sehr gut.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD – Zuruf von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, warten Sie ein bisschen, bis Ruhe eingeleitet ist.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD – Zuruf: Beleidigung!)

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Menschen in Bayern geht es generell sehr gut. Trotzdem haben wir Kinder- und Altersarmut. Wir haben bundesweit die geringste SGB-II-Quote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Sie ist nur etwa halb so hoch wie in Deutschland insgesamt. Im Juni 2023 waren es in Bayern 6,7 %, in Deutschland 13,2 %.

In Deutschland hatten wir 2023 eine Arbeitslosenquote von im Schnitt 6,1 %, in Bayern von 3,4 %. Ein stabiler Arbeitsmarkt ist das Fundament unseres Wohlstandes. Dafür ist das Bürgergeld nicht die Lösung. Menschen schnell in Arbeit zu bringen, Sanktionen bei Totalverweigerern zu verhängen und den Bürgergeldbonus abzuschaffen, das sind meiner Meinung nach nur ganz kleine Fortschritte. Es kann nicht sein, dass Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet und Kinder aufgezogen haben, 950 Euro bekommen oder dass ein Arbeiter mit Mindestlohn brutto 2.150 Euro und 1.412 Euro netto verdient. Ein Bürgergeldempfänger dagegen bezieht 563 Euro, zusätzlich werden Miete, Heizung und Nebenkosten bezahlt. Das sind bei einer Bruttomiete von circa 700 Euro 1.263 Euro. Er erhält also nur 200 Euro weniger als jemand, der zur Arbeit geht. Der muss dafür aber an fünf Tagen in der Woche aufstehen, er muss fünf Tage in der Woche zur Arbeit gehen und den Arbeitsweg auch noch selber finanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Arbeitsverweigerer schaden doppelt. Sie mindern verfügbare Mittel für Bedürftige und verweigern die Mitwirkung an der ökonomischen Wertschöpfung zur Sicherung unserer sozialen Systeme. Das ist eine schlechte soziale Sicherung und Nährboden für Extremismus, wie wir ihn zurzeit in Deutschland erleben.

Stattdessen wollen wir FREIEN WÄHLER das Gleichgewicht zwischen Solidarität und Leistungsgerechtigkeit wiederherstellen. Nur so können wir das Vertrauen der Steuerzahlenden in einen gerechten Sozialstaat zurückgewinnen. Wir werden auch weiterhin zielgerichtete Maßnahmen beim Bund einfordern, um Altersarmut und Kinderarmut

vorzubeugen. Leistung muss sich besser lohnen. Die FREIEN WÄHLER Bayern fordern den Bund auf, die Steuerfreibeträge im Monat pro Arbeitnehmer auf 2.000 Euro zu erhöhen. Wenn am Monatsende wieder mehr Netto vom Brutto übrig bleibt, wird auch die Zahl der Beschäftigten steigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gute soziale Sicherung erhöht Leistungs- und Risikobereitschaft. Zu gute soziale Sicherung kann aber auch genau das Gegenteil bewirken. Die Menschen geben immer mehr Eigenverantwortung ab und schieben sie in Richtung Staat. Wenn Extremismus vorgebeugt werden soll, muss daher das richtige Maß an sozialer Sicherung gefunden werden, weg von der Vollkaskomentalität, zurück zu mehr Solidarität und Eigenverantwortung. Das ist gute Sozialsicherung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns kurz beraten. Ich würde den Ausspruch des Kollegen gegenüber der Kollegin Roon gern ins Präsidium mitnehmen.

(Beifall bei der AfD)

Als Nächste spricht die Kollegin Kerstin Celina für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Was passiert, wenn Rechtsextremisten die Macht übernehmen, haben unsere Eltern und Großeltern in unserem Land erlebt. Innerhalb von zwei Monaten nach der Machtergreifung und der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler waren die demokratischen Institutionen schachmatt gesetzt. Der Reichstag war ausgeschaltet, die Versammlungs- und Pressefreiheit abgeschafft, die Grundrechte waren suspendiert; die SA und die SS trieben ihr Unwesen. Die SPD hat sich damals gewehrt, aber es hat

nichts genützt. Das Unheil nahm seinen Lauf, und 1945 lag Europa in Schutt und Asche.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Jetzt liegt die Wirtschaft in Schutt und Asche!)

Unsere demokratischen Institutionen sind heute besser geschützt, aber die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten sind auf dem Vormarsch. In Krisen propagieren sie vermeintlich einfache Lösungen und setzen darauf, dass ihnen verunsicherte und frustrierte Menschen die Möglichkeit geben werden, die Macht an sich zu reißen. Aber wir, die die Demokratie als beste aller Staatsformen verteidigen wollen, sind mehr, auf den Straßen und in den Parlamenten.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Damit das so bleibt, ist eine soziale, gerechte, transparente, nachvollziehbare, ausgewogene und ehrliche Politik wichtig, eine Politik der Solidarität, eine Politik, die Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt, die ihnen Mut macht und die Angst vor der Zukunft nimmt. Viele Menschen haben aktuell Angst vor der Zukunft: Angst davor, dass das Geld im Alter nicht reicht, Angst davor, keine bezahlbare Wohnung zu finden, Angst davor, Schulden machen zu müssen und sie nicht mehr zurückzahlen zu können, berufliche Existenzängste, Angst vor explodierenden Kosten zum Beispiel für einen Kitaplatz, Klimaangst und vieles mehr.

Dass eine soziale, transparente und ehrliche Politik funktionieren kann, haben wir in den extrem schwierigen Monaten nach Putins Überfall auf die Ukraine bewiesen, als wir innerhalb kürzester Zeit die immense bayerische und deutsche Abhängigkeit von russischem Gas lösen mussten. Wir haben explodierende Energiepreise durch finanzielle Hilfen und Übergangshilfen für viele Menschen erträglicher gemacht. Wir haben es geschafft, dass große energieintensive Unternehmen weiterhin produzieren konnten, dass weiter Brot gebacken und geheizt werden konnte.

Wir GRÜNE in Deutschland haben in dieser extrem schwierigen Lage in der Bundesregierung mit unseren Partnern enorm viel geleistet. Wir haben in vielen Punkten geliefert, gerade was die Sozialpolitik angeht. Wir haben das Kindergeld erhöht. Wir haben den Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen erhöht. Mit dem neuen Wohngeld-Plus haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld statt vorher 600.000. Mehr wäre sicher wünschenswert; aber den Dukatenesel, der das alles bezahlt, gibt es nur im Märchen.

In Bayern scheint die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN das übrigens auch gemerkt zu haben; denn der Haushaltsentwurf, der seit zwei Tagen vorliegt, ist überhaupt nur durch einen tiefen Griff in die Rücklagen zustande gekommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben wenigstens noch welche!)

Soziale Träger schauen in Bayern in die Röhre. Sie melden Insolvenz an. Erst im Juni werden sie Anträge stellen können, um dringend zu erledigende Aufgaben mit zusätzlichem Personal stemmen zu können. Das liegt daran, dass Sie hier den Haushalt erst so spät verabschieden und damit Tür und Tor öffnen, dass soziale Aufgaben nicht zeitnah erledigt werden können.

Die Prioritäten im bayerischen Haushalt sind falsch gesetzt. Wenn Rechtsextreme und Rechtspopulisten unter jungen Menschen Zulauf bekommen, wie es aktuell der Fall ist, müssen wir reagieren. Wir müssen zum Beispiel die Kinder- und Jugendarbeit stärken. Wir müssen junge Menschen beteiligen. Wir müssen Erinnerungs- und Gedenkarbeit stärken und Integrationsprojekte vorantreiben. Wir müssen Projekte, mit denen wir gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie Erfolge erzielen, fördern. Denn das Bewusstsein für Demokratie wird nicht vererbt. Es muss mühsam immer wieder neu erarbeitet werden.

Dazu brauchen wir die engagierten Menschen, die sich dafür einsetzen, in den Verbänden und auf den Straßen. Das Geld brauchen wir für soziale Projekte, damit wir alle zusammen in unserer starken Demokratie in Freiheit und in finanzieller Sicherheit

die besten Lösungen für unsere Zukunft entwickeln können; denn soziale Politik ist der beste Schutz gegen Extremismus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Holger Dremel.

Holger Dremel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CSU haben das S in unserem Parteinamen immer sehr ernst genommen. Deshalb ist die soziale Sicherung, liebe Kollegen der SPD, in Bayern in den vergangenen Jahren immer weiter ausgebaut worden. Während der Sozialhaushalt 2014 noch bei rund 3,8 Milliarden Euro lag, liegt er heute, zehn Jahre später, bei 7,6 Milliarden Euro, also doppelt so hoch.

(Beifall bei der CSU)

Dies zeigt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat investiert enorme Summen in die soziale Sicherheit in Bayern. Das soll nach dem Willen der CSU auch in Zukunft so bleiben.

Lieber Herr Kollege von Brunn von der SPD, einen verfassungswidrigen Haushalt im Bund gutzureden, finde ich ungeheuerlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, haben wir staatlicherseits bereits viele Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ergriffen. Ich nenne nur das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, die Verstärkung der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus sowie die Intensivierung ihrer Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auch die Präventionsarbeit an Schulen haben wir ausgeweitet, unter anderem auch durch die neue Verfassungsviertelstunde.

All dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nur einige Beispiele, aber sie sind richtig und wichtig. Ich versichere Ihnen, dass wir im Freistaat im Kampf gegen Extremismus von rechts und links nicht nachlassen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, mit der Forderung im Titel der Aktuellen Stunde etwas bewirken wollen, müssen Sie auf Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin einwirken. Ich als Innenpolitiker muss widersprechen: Extremismus werden wir nur verhindern, wenn wir eine gute Sicherheits- und Migrationspolitik betreiben und nicht mit weiteren Steigerungen des Bürgergelds dazu beitragen, dass sich Leistung nicht mehr lohnt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich ist soziale Politik wichtig, aber entscheidend für einen erfolgreichen Kampf gegen die Extremisten ist doch, dass die weitaus meisten Menschen, die mit einer Stimme für Extremismus von rechts oder links liebäugeln, als Hauptgrund dafür die Migrationspolitik angeben. Wie ich bereits vor zwei Wochen hier an dieser Stelle gesagt habe, zeigt eine Umfrage, dass zwei Drittel der Deutschen mit der Migrationspolitik unzufrieden sind und auch wollen, dass weniger Flüchtlinge zu uns nach Deutschland kommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen der SPD, dies bedeutet, solange hier von der Ampel nicht endlich konkrete Maßnahmen ergriffen werden, werden wir es sehr schwer haben, Stimmen für rechts- oder linksextremistische Parteien zu verhindern. Mit jedem Tag, an dem sich die Bundesregierung gegen wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration sperrt, gefährdet sie unseren sozialen Frieden.

(Beifall bei der CSU)

Nur wenn wir der unkontrollierten Zuwanderung einen Riegel vorschieben können, können wir auch in Zukunft denen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, helfen und sie integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist, viele Menschen wählen die AfD oder das neue Linksbündnis Sahra Wagenknecht nicht wegen ihrer Inhalte, sondern als Weckruf angesichts der falschen Politik der Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daran werden wir auch mit einer noch so sozialen Politik nichts ändern. Um dem Extremismus seine Nahrung zu entziehen, hilft nur eines, eine echte Wende in der Migrationspolitik mit einer klaren Integrationsgrenze,

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

einem geänderten Asylrecht, einem wirksamen Grenzschutz, einer Zurückweisung an der Binnengrenze und sicheren Drittstaaten, damit wir die Menschen, die nicht bei uns bleiben können, auch zurückführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir von der CSU sagen Ja zu guter sozialer Sicherung, aber auch Ja zu einer guten Migrationspolitik. Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN, Frau Demirel, den Extremismus effektiv bekämpfen wollen,

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

müssen Sie sich dazu durchringen, Ihre Blockadehaltung in der Asylpolitik endlich aufzugeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Kollegin Julia Post.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, was mir persönlich im Moment sehr viel Sorge bereitet? – Das ist, dass die Stimmung und das Narrativ entsteht, Deutschland schafft sich ab und hier gehen bald die Lichter aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, dies zieht einem jegliche Energie aus dem Körper und ist auch Gift für unseren Standort. Ich weiß nicht, ob Sie sich so gerade eingeladen fühlen würden, hier zu investieren, ob Sie Lust hätten, etwas zu gründen, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken. Ich hoffe nur, dass sich diese Erzählung nicht allzu sehr herumspricht. Jeder, der in diese Erzählung einsteigt, schürt Abstiegsängste, und genau das, wirtschaftliche Sorgen, befördert die antidemokratischen Tendenzen. Dies hat eine Studie des WSI im vergangenen November gezeigt. Keine Frage, wir stehen vor großen Herausforderungen, die Sie alle schon zur Genüge kennen. Ja, daher braucht es erst recht eine Gesellschaft, die über sich hinauswächst, um diese Herausforderungen zu meistern.

Ich traue uns das auch zu. Wir hatten im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand an Erwerbstätigen in Deutschland. Das heißt, noch nie haben sich so viele Menschen reingehängt und dafür gesorgt, dass unser Land weiterkommt. Eine Umfrage hat aufgezeigt, dass sich viele Menschen durch die aktuellen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus aus einer Lethargie und einer als krisenhaft erlebten Stimmung gerissen fühlen. Diese Erschöpfung und diese Lethargie haben Sie in der Vergangenheit bestimmt genauso wie ich häufig bei den Menschen wahrgenommen. Der Alltag ist für viele anstrengend, die Krisen sind auch psychisch belastend. Wir können die Menschen weiter dabei unterstützen, diese Lethargie hinter sich zu lassen, und das nicht nur, indem wir Hoffnung verbreiten, sondern indem wir vor allem konkret politisch etwas für sie tun, auch hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Tut mal was für die Wirtschaft, dann geht die Stimmung auch nach oben!)

– Dazu komme ich gleich. Super Beitrag!

Die Mieten kennen seit Jahren nur eine Richtung, und zwar nach oben.

(Martin Wagle (CSU): Dann schafft die Wohnungsbauförderung halt nicht ab!)

Die Mietkosten sind inzwischen für jeden dritten Haushalt zu viel. In Bayern fehlen 200.000 Sozialwohnungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann baut halt welche!)

Lassen Sie uns also den sozialen Wohnungsbau mit einem Sonderinvestitionsprogramm fördern, und – sehr wichtig – die Bindungsdauer auf mindestens vierzig Jahre erhöhen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kosten für die Kinderbetreuung explodieren! Reformieren wir das Kitagesetz und erhöhen wir die staatliche Grundfinanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie sollen wir das bei der miserablen Wirtschaftspolitik des Bundes machen?)

Sorgen wir für faire Löhne in den sozialen Berufen, damit auch genug Menschen dort arbeiten. Damit bekämpfen wir auch Altersarmut, besonders von Frauen, die hier in Bayern deutschlandweit am höchsten ist, und heben vor allem das größte Potenzial für den Arbeitsmarkt, die Frauen. Führen wir den Azubi-Führerschein mit einem Rabatt in Höhe von 1.000 Euro ein! Das entlastet konkret Familien, es eröffnet Perspektiven für junge Menschen und bringt den Nachwuchs in die Unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Ihr seid doch investitionsfeindlich!)

Mit der Entlastung von Familien machen wir gleich weiter. Sorgen wir für kostenloses und gesundes Mittagessen an jeder Schule!

(Martin Wagle (CSU): Davon wird nicht investiert! Konsum schafft keine neuen Einnahmen!)

Schaffen wir endlich Gewissheit und Planbarkeit für die sozialen Träger, damit sie wissen, wie sie weitermachen können. Wir brauchen Jugendsozialarbeit an Schulen, Berufsförderung und vieles andere. Hier dürfen wir jetzt keine Insolvenzen riskieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie wichtig sozialpolitische Maßnahmen sind und was sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch bewirken können. Ja, damit können Sie auch dazu beitragen, Rechtsextremismus den Boden zu entziehen, aber die Bekämpfung von Extremismus braucht nicht nur soziale Politik, sondern auch verlässliche Politik, einen funktionierenden Staat, eine gute Infrastruktur, politische Bildungsarbeit in und außerhalb der Schule und die Stärkung von Polizei und Rechtsstaat.

Ich bin also dafür, lieber eine Stimmung zu verbreiten in dem Sinne:

(Martin Wagle (CSU): Die kann man nicht befehlen, die Stimmung! Die schlechte Stimmung hat Gründe!)

Deutschland und Bayern legen jetzt richtig los und schmieden gemeinsam an einer guten Zukunft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Julian Preidl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Florian von Brunn (SPD): Ist der Wirtschaftsminister heute wieder auf einer Demo? – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Der trifft sich wahrscheinlich mit Habeck!)

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, liebe Besucher! "Es gibt keine Probleme, es gibt nur Lösungen" – dieses Motto sollte eigentlich unser Motto im Bayerischen Landtag sein. Das scheint jedoch in der aktuellen Zeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt zu werden. Ich bin neuer Abgeordneter, das ist meine erste Rede. Seit ich in dieses Hohe Haus gewählt worden bin, sind insbesondere die Erfahrenen unter uns diejenigen, die damit beschäftigt sind, lediglich über Probleme der anderen zu reden, statt konstruktiv auf Lösungen hinzuarbeiten. Das ist aber nicht nur in diesem Parlament so, das scheint ein genereller Trend in unserer Gesellschaft zu sein.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Richtig!)

Und das, obwohl wir uns in Bayern als Chancenland definieren. Wir sind uns doch alle einig, dass wir für Toleranz und Offenheit stehen. Wenn ja, dann sollten wir uns gegenseitig mehr zuhören; denn anscheinend haben wir das soziale Miteinander etwas verlernt; nur so kann ich mir die derzeitige Entwicklung in unserer Gesellschaft erklären. Denn Extremismus ist derzeit ein Problem in unserer Gesellschaft. Dabei schließe ich jede Richtung von Extremismus ein: den von links und den von rechts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Einerseits gibt man den rechten Populisten eine derart große Plattform, dass sie keine PR-Abteilung mehr brauchen. Andererseits wird sehr vieles, was Parteien links der Mitte nicht schmeckt, gleich als Rechtspopulismus dargestellt. Die Debattenkultur ist in dieser Form derzeit auch ziemlich extrem. Also, die Lösung liegt in der Mitte.

Wie schützen wir uns nun vor Extremisten? – Das schaffen wir insbesondere bei den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Das sind nämlich echte Zu-

kunftsträger, die viele unterschätzen. Dabei ist Jugendarbeit als außerschulische Demokratiebildung ein wichtiges Mittel gegen Hass und Hetze; denn sie gibt jungen Menschen Halt und ermöglicht Teilhabe für ein friedvolles und konstruktives Miteinander.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Freistaat unterstützt dabei und schafft verlässliche Rahmenbedingungen; denn eines ist klar: Junge Menschen sind von den aktuellen politischen Entwicklungen am längsten betroffen. Deswegen müssen wir junge Menschen schon heute noch stärker mitnehmen und beteiligen – das ist uns durchaus bewusst.

Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat sich erfolgreich für eine bayernweite Fach- und Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung eingesetzt, die am gestrigen Mittwoch vom Bayerischen Jugendring präsentiert worden ist – auch die Sozialministerin war dabei. Wir haben also geliefert.

Wir FREIE WÄHLER machen uns stark dafür, dass die GEMA-Gebühren im sozialen Miteinander bei Vereinen nicht mehr so sehr die Vereinskassen leeren. Wir sind es, die höhere Steuerfreibeträge für Vereine fordern, weil das ehrenamtliche Engagement zu weniger Extremismus führt. Der Freistaat Bayern ist es, der das gestrichene Geld bei den Sprach-Kitas im Moment ersetzt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ja auch Länderaufgabe!)

Wir sind es auch, die sich trauen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen, wenn aufgrund von ideologischen Politikentscheidungen beispielsweise in der Energiepolitik die Schere zwischen armen und wohlhabenden Familien immer weiter auseinanderklafft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es beweist sich einmal mehr: Sachpolitik wird dann stark, wenn sie von der Mitte kommt, und Bayerns starke Mitte ist lösungsorientiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein letzter Gedanke: Ich war selber Teil des Jugendrats in Bad Kötzing, sozial engagiert und habe dabei erlebt, dass ich selbst verändern und gestalten kann. Jetzt als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion bin ich im engen Austausch mit dem Bayerischen Jugendring. Ich weiß, wie intensiv gefordert die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus derzeit ist. Sie leistet hervorragende Arbeit. – Für diese Arbeit möchte ich danken.

Und ja, wir sind gefordert, es braucht Erinnerung und Gedenkarbeit gegen den zunehmenden Extremismus von rechts in unserem Land. Ja, wir liefern bereits ein breit aufgestelltes soziales Angebot im Freistaat. Wir liefern schon jetzt viel mehr als andere Länder. Die Staatsregierung leistet viel für eine große Anzahl von Möglichkeiten, die sozial gefördert werden.

Dieses Angebot sollten aber meiner Meinung nach nicht nur Jugendliche außerschulisch wahrnehmen; denn auch im Hohen Haus sitzen Leute, die mit etwas zündeln, auf das ich als junger Mensch sehr stolz bin: nämlich unsere Demokratie in Bayern, Deutschland und Europa, ohne Extremisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn am Ende ist es nicht immer die Anzahl der kostenlosen Sozialleistungen, die unser Land vor Extremisten schützt – denkt dabei bitte auch an die Bürgermeister und die Landkreise in unserem Land –, sondern unser eigener Blick, weg von Problemen, hin zu Lösungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächste Rednerin spricht die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt." – Sie alle kennen dieses Zitat, es wird von vielen immer wieder gerne bemüht. Lassen Sie uns kurz genauer hinschauen, ob in unserem Land gerade versucht wird, mit sogenannten wirtschaftspolitischen Forderungen die soziale Politik durch die Hintertür abzuschaffen. Werden uns hier Sofortmaßnahmen für die deutsche Wirtschaft auf Kosten der Schwächeren präsentiert? Kann die Union eigentlich auch Forderungen mit Substanz stellen, die unser Land voranbringen und den sozialen Frieden sichern?

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch ein paar Punkte aus dem sogenannten Reformplan der Herren Merz und Dobrindt genauer an; denn Ankündigungen, das kennen wir leider auch von unserem Ministerpräsidenten zu Genüge, sind nicht automatisch sinnvolle Vorschläge.

Für Sozialabgaben wird eine Höchstgrenze gefordert. Sie soll bei 40 % des Brutto-
lohns liegen. Auch wir wollen, dass die Beitragssätze nicht exorbitant steigen, doch davon sind wir im Moment weit entfernt. Entscheidend ist ein gutes Leistungsniveau zu vertretbaren Beitragssätzen. Wer Obergrenzen einziehen will, muss die Frage beantworten, wie eine auskömmliche Finanzierung gewährleistet werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Eine starre Obergrenze à la Dobrindt ohne diese Stellschrauben würde unweigerlich zu Leistungskürzungen führen. Das wollen weder die Bürgerinnen und Bürger noch wir als SPD. Unser Sozialstaat ist nämlich das Herzstück unseres Zusammenlebens und hat sich in unserer Demokratie bewährt.

Weiter wird gefordert, dass Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei sein sollen und dass an die Stelle von Tagesarbeitszeiten eine Wochenarbeitszeit treten soll. Die SPD steht für guten Arbeitsschutz, der lange erkämpft worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Zudem zeigen Studien, dass Überstunden oftmals nicht ausbezahlt werden. Fakt ist doch auch, dass das Arbeitszeitgesetz bereits jetzt sehr viele Spielräume für sozialpartnerschaftliche Gestaltung, große Flexibilität und Zeitsouveränität bietet. Gerade deshalb sollten wir uns daranmachen, die Sozialpartnerschaft auszubauen und die Tarifbindung auch in Bayern zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Genau deshalb braucht Bayern dringend ein Tariftreue- und Vergabegesetz für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Sie verweigern sich jedoch seit vielen, vielen Jahren. Noch etwas müssen wir in Bayern dringend angehen: Viele Beschäftigte in Vollzeit, vor allem Männer, arbeiten deutlich länger als vereinbart und gewollt. Dies geschieht oft ohne Lohnausgleich. Viele Teilzeitkräfte, vor allem Frauen, würden gerne mehr arbeiten. Deshalb brauchen wir in Bayern dringend Investitionen in die Infrastruktur und in die Betriebskostenförderung der Kindertagesbetreuung. Hier ist Bayern einfach nicht spitze.

(Beifall bei der SPD)

Es wird auch gefordert, dass Bürgergeldbezieher angebotene Arbeit annehmen und ansonsten mit Geldbußen rechnen müssen. Hier frage ich mich, ob der Union die Rechtslage nicht bekannt ist. Die Verpflichtung zur Aufnahme zumutbarer Arbeit bei Leistungsbezug ist bereits jetzt geltendes Recht. Wer zumutbare Arbeit oder Angebote zur Qualifizierung ablehnt, muss bereits jetzt mit Leistungskürzungen rechnen.

(Martin Wagle (CSU): Ab wann? – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Jetzt bin ich dran, liebe Kollegin von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wird die Bundesregierung ja bei den wenigen Fällen – –

(Widerspruch bei der CSU)

Das muss man auch sehen. Es ist doch nicht die große Mehrheit der Menschen. Sie tun hier den meisten Menschen im Land einfach unrecht. Nur wenige sind nicht bereit, Arbeit aufzunehmen. Für diese werden die Sanktionen noch einmal verschärft.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Stefan Ebner (CSU))

Ein genauer Blick wäre sinnvoller gewesen, als vorschnell mit populistischen Forderungen aufzuschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht sagen, dass keine Reformen notwendig sind. Fehlende Weiterentwicklung eines Landes würde zu Stillstand führen. Stillstand hatten wir aber lange genug.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Und zwar mit der SPD-Regierung! – Martin Wagle (CSU): Das ist nicht Stillstand; das ist freier Fall, was Sie machen!)

Wir aber sagen Ja zu guter sozialer Sicherung; denn soziale Politik ist der beste Schutz vor Extremismus. Vergessen Sie diesen Aspekt bitte nie!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion.

Melanie Huml (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich heute die Diskussion anhört, muss man sagen: Vieles, was wir hier in Bayern sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch machen, ist richtig. Wir haben die richtigen Ansätze. Wir wünschen uns so sehr, dass unsere Politik auch auf Bundesebene umgesetzt würde. Deswegen haben wir ja auch die Verbesserungen des Bürgergeldes,

liebe Kollegin Rauscher, die Sie gerade positiv hervorgehoben haben, als Union durchgesetzt. Ich finde, das sollten Sie Ihrerseits berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich beginne aber mit dem Positiven: Die Vertreter der Mitte sind sich einig, dass wir Extremismus bekämpfen müssen. Ich denke, wir alle wissen: Unsere Demokratie muss vor Extremismus geschützt werden. Wenn wir dann aber nach einer gemeinsamen Basis schauen, wird die Schnittmenge schon kleiner, weil wir als CSU gegen jede Form von Extremismus sind – gegen Rechtsextremismus und gegen Linksextremismus. Manch einer hier im Plenum ist in der Beurteilung von Extremismus jedoch einseitig. Wir müssen den Extremismus aber sowohl von links als auch von rechts bekämpfen, wenn wir die Demokratie erhalten wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann ist die Frage, wie wir dem wachsenden Extremismus Einhalt gebieten können. Wie tun wir das? – Man könnte auf die Migrationspolitik kommen – der Kollege Holger Dremel hat sie schon angesprochen. Man könnte auch an Wirtschaftspolitik denken. Die SPD hat sich dafür aber heute das Thema Sozialpolitik gewünscht.

Man muss sich fragen: Was ist sozial? – Ist es denn wirklich sozial, wenn der eine oder die andere die Hände in den Schoß legt? Liebe Kollegin Rauscher, ich gebe Ihnen recht, es ist nicht jeder. Auch ich möchte, dass derjenige, der arbeiten möchte, aber es nicht kann, vom Sozialstaat aufgefangen wird. Aber es ist in meinen Augen nicht sozial, wenn derjenige, der arbeiten könnte, die Hände in den Schoß legt. Es ist nicht sozial, so jemandem zu helfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wer seinen Lebensunterhalt selber verdienen kann, soll das bitte auch tun. Wenn er das aber nicht tut, weil die Anreize des Staates größer sind, nichts zu tun, dann muss ich Ihnen sagen: Viele Menschen da draußen empfinden das als ungerecht. Diese Un-

gerechtigkeit führt zu Unzufriedenheit und dann dazu, dass die Menschen sich denen zuwenden, die populistisch einfache Lösungen versprechen, auch wenn sie ihre Versprechen nicht halten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Wir in Bayern kämpfen deswegen wirkungsvoll gegen Extremismus mit all den Maßnahmen, die die Vorrednerinnen und Vorredner von der CSU genannt haben, aber eben auch mit einer Chancen- und Bildungspolitik und mit der Bereitstellung guter Infrastruktur sowie auch mit Leistungsgerechtigkeit. Leistung muss sich lohnen – das müssen auch Kinder schon lernen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es wichtig, dass bei Bundesjugendspielen Wertungen vergeben werden. Auch Kinder wollen Leistung zeigen; denn sie wollen auch beim Fußball Leistung zeigen. Sie haben kein Problem damit, wenn einer mal gewinnt und beim anderen Mal verliert. Kinder sind kämpferisch dabei. Wir müssen den Wert des Grundsatzes, Leistung muss sich lohnen, wirklich schon früh zeigen. Aber das, was im Moment in der Bundesregierung los ist – einseitige Belastungen, ideologische Verblendung –, erzeugt ein Risiko für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Werte Kollegin Post, Sie haben davon gesprochen, es sei ein "Narrativ", also nur eine Beschreibung, nur ein Erzählen, dass das Investieren in Deutschland schwieriger werde. Da muss ich Ihnen entgegen: Wir hatten gestern bei uns in der Fraktion Vertreter aus der Wirtschaft, die uns ganz klar an Zahlen gezeigt haben, dass es sich nicht um ein Narrativ handelt, sondern dass vielmehr die Entscheidungen auf Bundesebene dazu führen, dass die Inlandsinvestitionen sinken. Das ist kein Narrativ, sondern das kann als Fakt mit Zahlen belegt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) und Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir haben gestern gehört: Die Investitionsschwäche hält an. Das ist nicht auf sonstigem Boden gewachsen, sondern die Zahlen belegen das.

(Christian Zwanziger (GRÜNE): Wachstumschancengesetz! – Florian von Brunn (SPD): Wer blockiert das Wachstumschancengesetz?)

Leistung muss sich lohnen. Die Leistungsträger brauchen wir. Denn woher soll das Geld für den Sozialstaat sonst kommen? Es muss zuallererst erwirtschaftet werden. Diese Leistungsträger wollen wir unterstützen, um sozial sein zu können, was wir in Bayern auch wollen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zum Abschluss der Aktuellen Stunde hat sich Frau Staatsministerin Ulrike Scharf gemeldet. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der Titel dieser Aktuellen Stunde zeigt: Sie haben wirklich nichts verstanden, und die Abgehobenheit der Berliner Blase ist in Bayern angekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Herr von Brunn, die SPD war einmal der Stolz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jetzt schauen wir doch mal, was aus ihr geworden ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): 6 %!)

Sie verlieren die Menschen. In Thüringen steht die SPD bei 7 %. In Sachsen würde sie mit 3 % nicht mehr in den Landtag einziehen. Auch in Sachsen-Anhalt würde sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

In Bayern käme sie gerade noch auf 6 %.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das Vertrauen in die SPD ist im Sturzflug. Jetzt dieser Versuch! Sie haben wirklich nichts verstanden. Herr von Brunn, Vertrauen kann man sich nicht erkaufen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsche Volkswirtschaft schrumpft. Deutschland ist der einzige G7-Staat in einer Rezession und erreicht den EU-Durchschnitt nicht mehr, sondern ist im Ranking nach unten gerutscht. Selbst der Bundeswirtschaftsminister nennt die Lage – ich darf ihn zitieren – "dramatisch schlecht". Er fügt hinzu: "So können wir nicht weitermachen."

Die Menschen in Frankreich und Italien profitieren von mehr Wachstum und weniger Inflation. Die Inflation in Deutschland in Höhe von 5,9 % im Jahr 2023 ist in weiten Teilen hausgemacht, durch die energiepolitische Geisterfahrt der Ampel hausgemacht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Ich finde es sehr merkwürdig, dass Sie nicht auf Herrn Putin und seinen Angriffskrieg eingehen; das ist unseriös!)

Inflation ist die Enteignung der kleinen Leute. Die Ampel ist unsozial. Deswegen laufen der SPD die Wählerinnen und Wähler davon. Dann stellen Sie hier die soziale Sicherheit zur Diskussion. Das ist unglaublich dreist.

(Florian von Brunn (SPD): Machen Sie Vorschläge!)

Ich rufe Ihnen zu: Kehren Sie um! Machen Sie es besser! Gut regieren anstatt Bayern schlechtzureden, wäre glaubwürdig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Deutschland ist nicht mehr die Lokomotive, sondern der Bremsklotz der Wirtschaft in Europa. Das ist keine Delle, sondern vor allem ein Strukturproblem, und zwar auch für unseren Sozialstaat. Das bedeutet: Wir müssen die Sozialaufgaben auf solide Beine und in Richtung Aktivierung stellen. Hilfe zur Selbsthilfe ist nachhaltig. Das ist sozial.

Arbeit und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Menschen müssen an sich selbst spüren, dass sich Leistung lohnt. Fakt ist aber, dass mehr als zwei Drittel der Menschen sagen – ich darf zitieren –: Diejenigen, die viel arbeiten und sich anstrengen, sind die Dummen. 67 % der Menschen in unserem Land vertreten diese Ansicht. Das muss uns zu denken geben.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesregierung zerstört das Vertrauen der Menschen in die Politik, in den Staat, in die Demokratie. Sie sorgt nicht für sozialen Ausgleich, sondern für soziale Spannungen.

Das Bürgergeld – wir haben es heute Vormittag schon mehrfach gehört – provoziert die fleißigen Steuerzahler. Die Kosten: satte 27 Milliarden Euro. Dennoch sind – und das ist das Fatale daran – die Jobcenter unterfinanziert. Für die gute und schnelle Eingliederung am Arbeitsmarkt ist zu wenig Geld da, obwohl Teilhabe das Wichtigste für die Betroffenen, für die Wirtschaft und die Solidarität in unserem Lande ist. Je schneller Menschen wieder in Arbeit kommen, umso sozialer ist unsere Politik.

Das Bürgergeld birgt sozialen Sprengstoff. Die Steuerzahler fragen sich zu Recht, warum man Bürgergeld trotz 40.000 Euro auf dem Konto bekommt. Warum darf der Staat den Leistungsbezieher nicht schneller in eine angemessene Wohnung umziehen lassen, und warum steigt das Bürgergeld dreimal höher als die Rente um rund 12 %?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesregierung hat schwere Fehler gemacht. Sie hier machen einfach weiter so. Die Folge ist: Das Vertrauen der Menschen schwindet. Vertrauen ist die wichtigste Währung in einer Demokratie.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So einen Redebeitrag als Sozialministerin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr als ein Drittel des Bundeshaushalts fließt ins Soziale.

(Florian von Brunn (SPD): Sie lehnen das Wachstumschancengesetz ab! Sie haben keine Vorschläge in den Haushaltsberatungen gemacht! Sie machen überhaupt keine vernünftigen Vorschläge!)

117 Milliarden Euro werden allein in die Rentenversicherung gezahlt. Die Quote der Sozialleistungen ist in den vergangenen zehn Jahren weiter gestiegen. Der deutsche Sozialstaat ist weltweit Vorbild. Er hat eine Strahl- und Anziehungskraft ohnegleichen. Und doch, schauen wir uns in unserem Land um: Die AfD ist drauf und dran, im Osten stärkste Kraft zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Rechtspopulistische Gruppen haben weiter Zulauf. Das hat auch der Verfassungsschutzpräsident Körner gestern im Innenausschuss einmal mehr bestätigt.

Die jüngsten Parteigründungen könnten mancherorts aus dem Stand mehr Prozentpunkte holen als die SPD. Das alles zeigt, wie falsch Ihr Ansatz "Soziale Geschenke gegen Wählergunst" ist.

(Florian von Brunn (SPD): Sie machen doch die Themen der AfD stark! Sie haben das gerade mit Ihrer Rede gemacht!)

– Herr von Brunn, ich bin überrascht, wie einfach Sie gestrickt sind. Sie machen sich die Welt so, wie sie Ihnen gefällt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Wir können wirklich froh sein, dass die SPD in Bayern keine Verantwortung trägt.

(Beifall bei der CSU und der AfD)

Unter Ihrer Bundesregierung sind die Fliehkräfte in unserem Land so groß wie nie zuvor. Das spielt den Feinden der Demokratie in die Hände.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch mal zum Mitschreiben: Geld löst nicht jedes selbst verschuldete Problem.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Ministerin, es tut mir sehr leid: Ihre Rede ist selbstgerecht!)

Sozialleistungen dienen der sozialen Sicherung, nicht dem Kauf von Vertrauen und schon gar nicht der Extremismusprävention. Notwendig ist eine Politik, die Menschen aktiviert statt alimentiert. Wir wollen Talente statt Politikverdrossenheit fördern

(Florian von Brunn (SPD): Das kann ich bei den Vorschlägen von Herrn Dobrindt nicht erkennen!)

mit vielen unserer Projekte für die Jugendlichen, mit unserem Fest für die Demokratie im Haus der Bayerischen Geschichte. Wir investieren in die Bildung, damit Menschen verstehen, was für ein Schatz die Demokratie ist und was wir selbst dafür tun können.

(Anna Rasehorn (SPD): Deshalb ist Bayern Schlusslicht bei der politischen Bildung!)

Wer aber wie die Bundesregierung das Bürokratiemonster einer Kindergrundsicherung schafft, die allein 400 Millionen Euro pro Jahr an Verwaltung kostet, den Familien aber nichts, gar nichts bringt,

(Florian von Brunn (SPD): Wer hat das Kindergeld erhöht? Wer hat den Kindergeldzuschlag erhöht?)

wer die Gelder für die Sprach-Kitas streicht und wer an der Eingliederung der Arbeitslosen spart, der scheitert gnadenlos an der Realität und verspielt Glaubwürdigkeit und Vertrauen vollends.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe SPD, kehren Sie im Dienste unserer Demokratie um

(Florian von Brunn (SPD): Nein, kehren Sie um!)

und machen Sie keine Politik von gestern, die wir uns längst nicht mehr leisten können! Machen Sie eine Politik von morgen – für Chancen und für Teilhabe. Überlassen Sie bis dahin das Regieren den Profis, in Bayern und am besten auch in Berlin!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bayerische Staatsregierung steht für ein Miteinander und für Vertrauen in die Politik. Dieser Grundkonsens hält unser Land zusammen. Sozial ist, was für Leistungsträger und für Bedürftige gerecht ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Sozial ist, was statt Schulden Chancen für morgen vererbt; sozial ist, was Vertrauen schafft. Dafür stehen wir, damit auch in Zukunft gilt: Bayern. Gemeinsam. Stark. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die Aktuelle Stunde ist beendet.